

## Entschließung 4 „Sozialstaat und Sozialpolitik“

### Der 20. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Es gilt wieder der Grundsatz > *Modernisierung bekämpfen, statt gestaltend mittragen* <

Die IG Metall lehnt die Demontage des Sozialsystems ab und wird mit allen Mitteln dagegen kämpfen.

- a) Die IG Metall setzt sich zur Sicherung des Sozialsystems für die Stärkung der Einnahmeseite ein, nach dem Grundsatz > *Alle, die können, sollen auch zahlen* < und fordert zur Finanzierung die Einbeziehung aller Einkommensarten, sowie den Erhalt der paritätischen Finanzierung. Bemessungsgrenzen sind aufzuheben.
- b) Die IG Metall wehrt sich gegen die weitere Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und setzt sich für die Rücknahme der bereits durchgeführten gesetzlichen Regelungen ein. Sie fordert ein öffentliches Gesundheitssystem. Die Privatisierung sozialer Risiken, Leistungsabbau und eine Perspektive der Zurückführung der sozialen Sicherungssysteme auf eine Minimalabsicherung lehnen wir ab.
- c) Die IG Metall verstärkt ihre Bemühungen zur Unterstützung des Kampfes der Arbeitslosen und kämpft mit ihnen gemeinsam um mehr Arbeitsplätze zu gleichen Bedingungen. Sie nimmt die Arbeitslosen als eigene Personengruppe auf und gibt ihnen in allen Gremien Stimm- und Vetorecht.

### Begründung:

Die nach der Kanzlerrede am Freitag den 14. März 2003 deutlich gewordene faktische Große Koalition im Bundestag erfordert unsere ganze Anstrengung, um uns gegen die auf uns zukommende Zerstörung des von unzähligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erkämpften Sozialsystems zu wehren. Geben wir dem Begriff > *Reform* < wieder die Bedeutung, die er vor langer Zeit einmal hatte: Verbesserung, Verbesserung im Sinn der abhängig Beschäftigten.

- zu a) Die sozialen Sicherungssysteme müssen finanziell gestärkt werden. Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen – unabhängig von ihrer Einkommenshöhe - in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden. Die Erhöhung der Eigenanteile an der Finanzierung der einzelnen Sozialversicherungsarten unter dem Motto > *Eigenverantwortung* < führt zwangsläufig dazu, dass das Prinzip der paritätischen Finanzierung außer Kraft gesetzt wird. Der durch die hohe Arbeitslosigkeit bedingte Rückgang der Finanzierung - allein gemessen am Erwerbslohn aus abhängiger Beschäftigung, - ist durch steuerfinanzierte Aufstockung der Einnahmeseite auszugleichen. Dazu sind alle Einkommen aus Vermögen heranzuziehen. Alle abhängig Beschäftigten haben Anspruch auf sozialen Schutz. Bei Verbesserungen des Sozialstaats muss das Sozialversicherungsprinzip, die Kopplung der Sozialen Einkommen an die geleisteten Beiträge und die Orientierung an Lebensstandardsicherung in Verbindung mit einem sozialen Ausgleich, beibehalten werden. Der Leistungsbezug ist in der Höhe zu begrenzen, auf welchem Niveau, ist zu diskutieren.
- zu b) Die Teilprivatisierung der Sozialversicherungsarten (siehe Riesterrente) nutzt allein der privaten Versicherungswirtschaft. Sie führt aber gleichzeitig zur Auflösung der paritätischen Finanzierung (siehe a). Es gibt Bereiche in der Gesellschaft, die nicht, oder nicht ausschließlich, gewinnorientiert zu betreiben sind, dazu zählt insbesondere das Gesundheitssystem. Unter anderem deshalb, ist es der gesellschaftspolitische Auftrag der Gewerkschaften (§2 der IG Metall Satzung) ein öffentliches Gesundheitssystem zu fordern und durchzusetzen. Es geht nicht an, dass u. a. Gesundheit und Alterssicherung allein abhängig gemacht werden von den persönlichen Beiträgen eines langen aber höchstwahrscheinlich löchrigen Erwerbslebens.
- zu c) Angesichts von nahezu fünf Millionen gemeldeten und tatsächlich über 7 Millionen Erwerbslosen und den von Regierung und Opposition diskutierten „Bekämpfungsmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit“ ist es absolut notwendig, dass wir, die IG Metall eine inner- und außergewerkschaftliche Kampagne zu Gunsten der Betroffenen führen. Dazu ist es auch notwendig, über tatsächliche Ursachen und Folgen von Erwerbslosigkeit aufzuklären. Wir müssen der Meinungsführerschaft der bürgerlichen Medien unsere eigenen Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft entgegensetzen. Um den Forderungen der Erwerbslosen ein stärkeres Gewicht zu geben, und damit ihre

berechtigten Forderungen auch in die Tarifpolitik verstärkten Einfluss finden, ist es notwendig den Erwerbslosen innerhalb der IGM den Status einer eigenen Personengruppe zu geben.